

Unterlassene Hilfeleistung im Mittelmeer

Flüchtende, die EU und Frontex: „Weiter so mit dieser menschenverachtenden Strategie!“, FR-Forum vom 29. Mai

Ich fordere eine humane Flüchtlingspolitik

Im Januar 2021 schon habe ich in einem Leserbrief an die FR von meinem Vorhaben geschrieben, gegen die menschenrechtsverachtende Politik der EU vorzugehen zu wollen. Ich habe diesbezüglich – leider ohne Antwort zu erhalten – an einige Abgeordnete der Grünen, der Linken und an Frau Dr. Barley (SPD) im EU-Parlament geschrieben. Nun also die Klage einiger NGOs gegen Frontex, die ich sehr begrüße und per Spende unterstütze. Hoffentlich folgen mir und evtl. Frau Elena Ezeani, die in ihrem Leserbrief vom 29. Mai auch diesen Wunsch äußert, noch viele andere und fordern eine menschliche Flüchtlingspolitik.

Elisabeth Wendland, Hamburg

Dreiste Verdrehung der Wahrheit

Was bedeutet eigentlich „Schutz der Außengrenzen“? Vor was oder wem? Vor wilden Horden? Vor Not, Armut und Krankheit in anderen Regionen der Welt? Wie legitim ist es eigentlich, Länder wie Marokko dafür einzuspinnen? Die meisten Leser werden sich an die DDR erin-

nern, die die Menschen an der Ausreise gehindert hat. Hat die DDR damals auch unsere Außengrenzen „geschützt“?

Tatsache ist, dass unser Reichtum auch darauf beruht, dass wir keine fairen Preise für Rohstoffe und Dienstleistungen zahlen. Nur deshalb können so viele von uns Urlaub in Ländern wie auch Marokko machen. Dass so mancher aus den ärmeren Gegenden dieser einen Welt einen Teil vom Kuchen beansprucht, ist völlig legitim. Reisefreiheit nur für die Reichen ist dagegen moralisch nicht vertretbar! Erst wenn alle Reichtümer dieser Welt gerechter verteilt sind, können wir unseren Frieden bekommen und müssen nicht Grenzen „schützen“ oder das von anderen verlangen. Und so zu tun, als sei das gar die Verpflichtung anderer Staaten, ist eine dreiste Verdrehung der Wahrheit. Hagen Krämer, Mühlheim

Frontex sieht Menschen beim Ertrinken zu

Die Grenz-„Schutz“-Agentur Frontex sieht Schiffbrüchigen im Mittelmeer beim Ertrinken zu. Hochpräzise mit neuester Technik. Finanziert von der Friedensnobelpreisträgerin Europäi-

sche Union. Aber sie rettet keine Schiffbrüchigen mehr.

Frontex rettet nicht. Die Anrainerstaaten des Mittelmeers retten nicht. Vorbei fahrende Zivilschiffe fürchten sich davor, bestraft zu werden, wenn sie Schiffbrüchige retten. Richtig gelesen: Bestraft zu werden, wenn sie Menschen vor dem Ertrinken retten, nicht umgekehrt: ins Gefängnis eingekerkert zu werden, wenn sie beim Ertrinken zusehen. Und private Rettungsschiffe wie Sea-Watch und Sea Eye lässt man aus fadenscheinigen Gründen nicht ein- oder auslaufen.

Menschen ertrinken, weil man ihnen Hilfe verweigert. Männer. Frauen. Kinder. Institutionalisierte unterlassene Hilfeleistung. Ein mörderisches Verbrechen! Welche Partei will sich damit identifizieren? Es ist notwendig, dass Geflüchtete in Europa gerecht verteilt werden. Drittstaatenregelung und Dublin-Abkommen müssen abgeschafft werden. Das nimmt Druck von den Anrainerstaaten. Die schnelle Rettung von Schiffbrüchigen muss wieder selbstverständliche Pflicht der Anrainerstaaten sein. Und private Rettungsschiffe dürfen an ihrer wertvollen Arbeit nie mehr gehindert werden!

Ralf-Michael Lübbers, Marienhafen

Seehofer hat nie von Nächstenliebe gehört

Aufnahme von Geflüchteten in deutschen Städten: „Seehofer soll Weg frei machen“, FR-Tagesthema vom 31. Mai

Die Linke scheint zurzeit die einzige Partei zu sein, die sich um das unsägliche Leid der Flüchtlinge in den griechischen Elendslagern kümmert. Nachdem sich die Vorsitzende Janine Wissler vom perspektivlosen Zustand der dort vor sich hinvegetierenden Frauen, Männer und Kindern ein Bild gemacht hat, fordert sie, wie schon einige Kollegen aus den Parteien SPD, Grüne und Linke, endlich zu handeln und ein Aufnahmeprogramm zu vereinbaren für diese Menschen, damit diese „Unterkünfte“ an den EU-Grenzen aufgelöst werden können.

Wissler wies u.a. darauf hin, dass mehr als 250 Kommunen in

Deutschland und vielen anderen Städten und Regionen in der EU bereit sind, Geflüchtete aufzunehmen. Wie schon in vorherigen Fällen hat der „Oberbeamte“ Seehofer aus einer deutschen Partei, die in ihrem Logo den Namen „christlich“ trägt, es abgelehnt, Geflüchtete zu übernehmen. Man verbindet mit der Eigenschaft „christlich“ Nächstenliebe. Davon hat Seehofer wohl noch nie etwas gehört.

Ich hoffe, dass die Klage Berlins gegen die Ablehnung Seehofers Erfolg hat. Die Befugnis, Geflüchtete aufzunehmen, müsste auf jeden Fall in die Kompetenz der Länder in Deutschland übergehen. Außerdem ist es höchste

Zeit, dass der unmenschlichste Innenminister, den wir bisher hatten, endlich durch einen humanen Innenminister abgelöst wird, der nicht aus einer sogenannten „christlichen“ Partei stammt.

Der Gipfel der Unmenschlichkeit Seehofers ist wohl seine letzte Entscheidung, dem kritischen Journalisten aus Myanmar, Mratt Kyaw Thu, deutsches Asyl zu verweigern. Dazu fällt mir beim besten Willen nichts mehr ein.

Frau Merkel handeln Sie endlich und lassen Sie in den letzten Monaten Ihrer Amtszeit „nicht alles schleifen.“

Hermann Michel, Mörfelden-Walldorf

Mit angezogener Handbremse

Franco A.: „Ein Offizier und Flüchtling – oder nicht“, FR-Politik vom 18. Mai

Ich fasse es nicht: Ein Oberleutnant schafft Waffen und Munition beiseite, gibt sich als Flüchtling aus bzw. führt eine Doppelpersonenexistenz, plant Mordanschläge auf Bundespolitiker:innen, um sie Geflüchteten in die Schuhe zu schieben, tummelt sich in rechts-extremen Netzwerken u.a. der KSK – und der BGH muss erst zum Jagen getragen werden, um Anklage zu erheben. Da muss ich an die RAF-Zeiten denken, die sich als Zeitzuge miterlebt habe. Diese Terrorgruppe, auf deren Konto 30 Tote kamen, veränderte die Bundesrepublik total: Gesetze wurden neu beschlossen bzw.

verschärft, oft in rechtsstaatlich bedenklicher Weise. Polizei und Staatsanwaltschaften wurden aufgerüstet, Stammheim wurde gebaut, Schleierfahndungen überzogen das Land, viele von uns können sich erinnern, bei einer Kontrolle in die Mündung einer Maschinenpistole geschaut zu haben, kritische Intellektuelle wie Heinrich Böll wurden als „Sympathisanten“ verdächtigt und verunglimpft.

Nicht dass ich mir angesichts des Rechtsterrorismus, auf dessen Liste allein seit 1990 über 200 Todesopfer stehen, diese bleiernen Zeiten zurückwünschen würde.

Aber diese Verharmlosung, dieses konsequente Wegsehen – nicht der MAD, erst eine Putzfrau löste Franco A.s Verhaftung aus! –, dieses Beharren auf Einzeltäterhypothese trotz manifester Hinweise auf rechte Netzwerke z.T. eben auch in Armee und Polizei ist ein trauriger Beweis dafür, dass trotz Maaßens erzwungenem Rücktritt, trotz Seehofers Erkenntnis, dass der Rechtsterrorismus gegenwärtig die größte Gefahr ist, wichtige Institutionen wie die Rechtsprechung rechte Straftaten noch immer bestenfalls mit angezogener Handbremse verfolgen.

Hans-Hermann Büchsel, Heidelberg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet unter frblog.de/lf-20210607

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, Blühpflanzen, Totholz – lesen Sie hier: frblog.de/garten-x

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert die Online-Diskussion „Menschenrechte wählen! Parteien vor der Wahl“ mit Menschenrechtspolitiker:innen aus fünf Bundestagsfraktionen, veranstaltet vom Forum Menschenrechte. Anmeldung: forum-menschenrechte.de/event/s/menschenrechte-waehlen
Montag, 14. Juni, 17 Uhr

Pitt von Bebenburg und **Hanning Voigts** moderieren das FR-Stadtgespräch „Ein Jahr nach Hanau – Kampf dem rassistischen Terror“ mit Armin Kurtovic (Vater des getöteten Hamza Kurtovic), Nancy Faeser (SPD), Omid Nouripour (Grüne) und Newroz Duman (Initiative 19. Februar Hanau). Die Zahl der Gäste ist begrenzt. Registrieren Sie sich auf fr.de/anmeldung mit dem Stichwort „Hanau“. Negativer Corona-Test oder vollständiger Impfnachweis ist vorgeschrieben. Die Veranstaltung wird live übertragen auf fr.de/eventvideo
Dienstag, 29. Juni, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstr. 3, Frankfurt

Gipfel der Heuchelei

Belarus: „Sanktionen mit Fragezeichen“, FR-Politik vom 26. Mai

Ein Flugzeug zur Ladung zu zwingen um einen Dissidenten festzusetzen geht natürlich gar nicht! Aber! 2013 haben europäische Staaten das Flugzeug des bolivianischen Präsidenten Morales in Wien zur Landung gezwungen. Im Auftrag des USA, weil man dachte, Edward Snowden sei an Bord. Auch ein Dissident. Die Aufregung um den jetzigen Fall ist für mich der Gipfel der Heuchelei. Heinrich Mesch, Attendorf

Diskussion: frblog.de/belarus

Tritt in den Hintern

Pflegereform: „Pläne reichen nicht“, FR-Wirtschaft vom 2. Juni

Ich kann/konnte, medizinisch diagnostiziert, keine Kinder zeugen und bekomme dafür nun noch die Strafe? Nach Jahrzehnten Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe habe ich unendlich oft die Abwesenheit der Eltern kranker Kinder (gerne) aufgefangen, bekomme dafür nachträglich den Tritt in den Hintern!? Ich spreche hier als Nicht-raucher noch nicht mal von den Raucherpausen, die man in Teams auch noch kompensieren muss. Ich zahle Steuern, von denen solche Pflegekosten getragen werden sollten und nicht z.B. die Rettung reicher Firmen in einer Pandemie. Die Politik tut wirklich alles, um die Menschen in der Demokratie vom Glauben abzubringen.

Clemens Rohrbach, Butzbach

Feudalistische Zöpfe

Kirchenaustritte: „Unter Sparszwang“, FR-Regional vom 25. Mai

Wie unangemessen groß noch immer die Macht der beiden christlichen Großkirchen in der BRD ist, kann man am Geschehen um die Kirchenaustritte ablesen. In aller Regel wurden die Mitglieder als unmündige und nicht entscheidungsfähige Kindlein zu Mitgliedern gemacht – oft durch Übergießen mit Wasser und Besalzen der Zunge in kalten Kirchen. Später dann muss man hohe Verwaltungsgebühren bezahlen und Wege zu Ämtern zurücklegen, um seine Mitgliedschaft aufzulösen. Man muss Wartezeiten auf Termine bei zuständigen Behörden hinnehmen, sogar auch dann, wenn man den weiteren Verbleib aus Gewissensgründen nicht mehr verantworten oder ertragen kann angesichts der Vorgehensweisen der Amtskirchen. Wann endlich werden diese feudalistischen Zöpfe abgeschnitten?

Uwe Hartwig, Ober-Mörlen